

Haushalt 2015

DIE SCHWARZE NULL IST BESCHLOSSEN

28.11.2014

Mit dem Haushalt 2015 schreiben wir Geschichte: Zum ersten Mal seit 1969, als Franz Josef Strauß Finanzminister war, wird der Bund im Jahr 2015 keine neuen Schulden machen. Der permanente Anstieg des Schuldenbergs auch in guten konjunkturellen Zeiten wird gestoppt. Damit setzen wir ein zentrales Ziel des Koalitionsvertrages um.

Der Bundeshaushalt 2015 markiert eine historische Zeitenwende: Die unionsgeführte Koalition wird nicht nur einmalig, sondern bis zum Ende der Finanzplanung 2018 ihre Ausgaben ohne neue Schulden bestreiten. Damit verdeutlichen wir ein weiteres Mal: Eine verantwortungsvolle und nachhaltige Haushaltspolitik ist der Markenkern von CDU und CSU.

Unbeschadet der schwarzen Null haben wir auch beschlossen, in dieser Legislaturperiode zehn Milliarden Euro für dringend benötigte Investitionen zusätzlich bereitzustellen. Damit machen wir deutlich, dass unser haushaltspolitischer Anspruch weit über die schwarze Null hinausgeht. Zentrale Zukunftsvorhaben - wie die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur und der Breitbandausbau - können dadurch beschleunigt vorangebracht werden. Zusammen mit den in der mittelfristigen Finanzplanung bereits berücksichtigten zentralen Vorhaben des Koalitionsvertrages setzen wir einen kraftvollen Impuls für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum.

Wir zeigen, dass Investitionen und eine solide Haushaltsführung sich nicht ausschließen. Deutschland geht damit in Europa und der Welt mit gutem Beispiel voran.

Die CSU-Landesgruppe hat in den Haushalt 2015 eine Reihe wichtiger Anliegen eingebracht. Gegenüber dem Regierungsentwurf haben wir insbesondere die folgenden Änderungen beschlossen:

Keine neuen Schulden - Keine Steuererhöhungen

Wir schaffen die schwarze Null ohne Steuererhöhungen. Die während der Haushaltsberatungen hinzugekommenen Belastungen von gut zwei Milliarden Euro, die insbesondere auf höhere Ausgaben für das Arbeitslosengeld II und die schwächere Steuerschätzung im Oktober zurückgehen, wurden in erster Linie durch niedrigere Zinsausgaben ausgeglichen. Zudem haben wir die von der Bundesregierung geplanten Gesamtausgaben noch einmal um 400 Millionen Euro gekürzt. Der Haushalt 2015 ist damit ausgeglichen. Die Gesamtausgaben steigen gegenüber dem Haushaltsplan 2014 um 0,9 Prozent leicht auf 299,1 Milliarden Euro an. Damit liegen sie weiterhin unter dem Niveau des Jahres 2010. Die Investitionsausgaben haben wir in den Haushaltsberatungen um 364 Millionen Euro auf 26,5 Milliarden Euro erhöht. Erstmals seit über 40 Jahren ist keine neue Kreditaufnahme vorgesehen. Wir kommen mit dem aus, was wir einnehmen. Damit halten wir unser Versprechen einer soliden und nachhaltigen Haushaltspolitik, die ohne jegliche Steuererhöhungen auskommt.

Humanitäre Hilfe

Wir übernehmen internationale Verantwortung und stocken die Mittel für humanitäre Hilfen im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und im Auswärtigen Amt um fast 280 Millionen Euro auf. Der ursprüngliche Haushaltsansatz von 187 Millionen Euro für den Bereich der humanitären Hilfe beim Auswärtigen Amt wurde um 213 Millionen auf jetzt 400 Millionen angehoben und damit mehr als verdoppelt. Für die Krisen im Nahen Osten stehen davon 120 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung. Auch der Ansatz für humanitäre Hilfsmaßnahmen zur Bekämpfung der Ebola-Krise wurde um 50 Millionen aufgestockt. Weitere 43 Millionen Euro sind zusätzlich für andere humanitäre Hilfsmaßnahmen eingeplant. Sechs Millionen Euro wurden für die Einrichtung und Anmietung eines Flugzeugs eingeplant, mit dem Ebola-Patienten aus dem Krisengebiet nach Europa ausgeflogen werden können.

Katastrophenschutz / THW

Wir stärken die Feuerwehren und andere Rettungsorganisationen, die im Auftrag des Bundes den Bevölkerungs- bzw. Zivilschutz gewährleisten und stellen fünf Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung für Beschaffung und Unterhalt von Fahrzeugen in den Bereichen Brandschutz, Betreuung, ABC- und Sanitätswesen. Für Renovierungsarbeiten und Neubauten bei den Ortsverbänden des THW wurde ein mehrjähriges Sonderprogramm Liegenschaften beschlossen. Dieses sieht für 2015 zusätzliche vier Millionen Euro und bis 2018 Verpflichtungsermächtigungen von zusätzlich 23 Millionen Euro vor.

Innere Sicherheit

Die Bundespolizei erhält 406 zusätzliche Stellen. Daneben wird die Personalstruktur durch 356 zusätzliche Stellenhebungen in den verschiedenen Laufbahngruppen verbessert. Hinzu kommen Finanzmittel von 113 Millionen Euro - darunter 20 Millionen Euro für Fahrzeuge und neue Einsatz- und Schutzbekleidung. Für mehr Sicherheit in den IT-Netzen des Bundes stehen in den nächsten Jahren fast 500 Millionen Euro bereit. Der Etat des Bundesamtes für Verfassungsschutz wird um rund zehn Prozent oder gut 21 Millionen Euro auf rund 231 Millionen Euro angehoben.

Zuwanderung

Die Mittel für die Migrationsberatung für Erwachsene werden um acht Millionen Euro auf 34 Millionen Euro angehoben, um die steigende Nachfrage nach Integrationsangeboten zu decken. Zudem wurden 300 zusätzliche Stellen und Finanzmittel von zusätzlich 37 Millionen Euro für das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bewilligt. Für Maßnahmen zur Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie werden zehn Millionen Euro zu Verfügung gestellt, auch um den Herausforderungen durch Islamismus, Salafismus und Antisemitismus zu begegnen. Zur Stärkung der politischen Bildungsarbeit (mit Schwerpunkt politischer und religiöser Extremismus) wird der Etat der Bundeszentrale für politische Bildung um fünf Millionen Euro auf 41,8 Millionen Euro erhöht.

Verkehrsinfrastruktur

Der Verkehrsetat wird um 150 Millionen Euro auf 23,3 Milliarden Euro erhöht. Für Lärmschutzmaßnahmen an Bundesfernstraßen und Schienenwegen stehen jeweils zehn Millionen Euro und für alternative Kraftstoffe (insbesondere von Schiffen) 7,5 Millionen Euro mehr bereit. Zudem wird ein 500 Millionen Euro-Programm bis 2019 bei der Deutschen Flugsicherung (DFS) zur Stärkung der Investitionskraft aufgelegt, um eine Schwächung des deutschen Luftfahrtstandorts zu verhindern und Fluglinien nicht durch unverhältnismäßige Gebühren zu belasten. Beim Nationalen Innovationsprogramm Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie (NIP) werden

die Mittel um 617.000 Euro erhöht. Hinzu kommen Verpflichtungsermächtigungen von 63,8 Millionen Euro bis 2017. Für vorbereitende Maßnahmen zur Einführung der Pkw-Maut wurden Personalstellen beim Kraftfahrtbundesamt und beim Bundesamt für Güterverkehr sowie entsprechende Sachmittelkosten in den Haushalt eingebracht, damit die Pkw-Maut planmäßig zum 1. Januar 2016 in Kraft treten kann.

Kultur

Die Ausgaben für Kultur und Medien werden um 102 Millionen Euro und damit um 8,3 Prozent gegenüber dem Regierungsentwurf erhöht. Davon profitieren insbesondere das Denkmalschutzprogramm für nationale bedeutsame Kulturdenkmäler (+ 29 Mio. Euro), Investitionen bei der Kulturförderung im Inland (+ 26 Mio. Euro) und das Bauhausjubiläum 2019 (+ fünf Mio. Euro).

Der Zuschuss für die Deutsche Welle wird um 3,5 Millionen Euro auf 269 Millionen Euro sowie der Investitionszuschuss für die Deutsche Welle um vier Millionen Euro auf knapp 18 Millionen Euro aufgestockt. Für die Rekonstruktion vorvernichteter Stasi-Unterlagen wurden zwei Millionen Euro neu in den Haushaltsplan eingestellt. Für den Neubau des Museums der Moderne in Berlin stellt der Bund in den kommenden Jahren 200 Millionen Euro zur Verfügung.

Mehrgenerationenhäuser

Für die weitere Förderung der Mehrgenerationenhäuser waren im Regierungsentwurf bereits 16 Millionen Euro eingestellt. Dieser Ansatz wird um einen Maßgabebeschluss ergänzt, mit dem der Haushaltsausschuss seine Erwartung formuliert, dass die Finanzierung der Mehrgenerationenhäuser über das Haushaltsjahr 2015 hinaus dauerhaft – auch mit Beteiligung des Bundes – sichergestellt wird.

Hochwasserschutz

Zur Finanzierung des Bundesanteils am Sonderrahmenplan für Maßnahmen des präventiven Hochwasserschutzes im Haushalt des Ernährungs- und Landwirtschaftsministeriums werden 20 Millionen Euro neu eingestellt.

Bildung und Forschung

Der Haushalt des Bildungs- und Forschungsministeriums steigt 2015 auf fast 15,3 Milliarden Euro und hat sich damit seit 2005 mehr als verdoppelt. Die zusätzlich zum Regierungsentwurf gebilligten 8,5 Millionen Euro stärken vor allem die Bereiche Berufsorientierung und berufliche Ausbildung.

Innovationsstandort Deutschland

Das Deutsche Patent- und Markenamt wird mit 58 neuen Stellen erheblich verstärkt – ein wichtiges Signal an den Forschungsstandort Deutschland.

Klimaschutz

Das Förderprogramm zur Nachrüstung von Dieselfahrzeugen mit einem Rußpartikelfilter wird mit einem Volumen von 30 Millionen Euro wieder aufgelegt.

Sport

Zur gezielten Förderung von Sportverbänden und Trainern sowie für den Kampf gegen Doping werden 15 Mio. Euro zusätzlich bereitgestellt.